

N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Gesundheitsausschuss
am 30.09.2003**

Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Stv. Kopp (SPD)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
<u>Beginn:</u> 17:02 Uhr	Ende: 17:10 Uhr
Nicht-öffentliche Beratung:	
<u>Beginn:</u> 17:17 Uhr	Ende: 18:32 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV).

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung

0038 **Tagesordnung**

einstimmig

0039 **03-F-02-0039**

Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofes
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 23.9.2003 –

Der Gesundheitsausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten am Beispiel der HSK zu berichten, wie sich das Urteil des Europäischen Gerichtshofes –Bereitschaft ist Arbeitszeit- auf die Wiesbadener Kliniklandschaft auswirkt.

einstimmig

0040 **03-F-03-0060**

Städtische Kliniken:

- weitere Entwicklung
- Schwerpunktsetzungen
- Kooperation mit den Nachbarkreisen
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 23.9.2003 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Welche Auswirkungen sind auf die weitere Entwicklung der Städtischen Kliniken insbesondere in Bezug auf Bettenzahlen und Beschäftigungsstruktur durch gesetzliche Änderungen im Zusammenhang mit der Reformierung des Gesundheitswesens zu erwarten?

Welche Konsequenzen hat das kürzlich erlassene Urteil des Europäischen Gerichtshofes bezüglich der Bereitschaftsdienste der ÄrztInnen für die Städtischen Kliniken?

Welche Überlegungen verfolgen die Städtischen Kliniken in Bezug auf eine weitere Schwerpunktsetzungen/Bildung von Kompetenzzentren sowie eine engere Kooperationen mit Kliniken der Nachbarkreise? Welche Ansätze sind bereits verwirklicht, welche weiteren Möglichkeiten werden gesehen?

einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0041 **Verschiedenes**

Nicht öffentliche Beratung

0042 **03-F-03-0006**

Sachstand Modellprojekt "Brustkrebsscreening"
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.01.2003 -

***Frau Dr. Reichel** berichtet über den aktuellen Stand des Modellprojektes. Sie sagt zu, die begleitende Power-Point Darstellung zur Verfügung zu stellen. **Herr Dr. Hoffmann** (St. Josefshospital) erklärt die Bereitschaft von HSK und Joho sich wieder an dem Modellprojekt zu beteiligen sobald bestimmte Qualitätsmerkmale erfüllt seien. Er legt dazu eine schriftliche Erklärung des "Kooperativen Brustzentrum Wiesbaden" vor. **Stadtrat Bendel** schlägt ein gemeinsames Gespräch aller Kliniken unter der Moderation von ihm und Herrn Dr. Hempel (KV Hessen) vor.*

Anlagen

Wiesbaden, 14. Oktober 2003

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Kopp

Weinert